

# Herford will neu denken

## Roland Nachtigäller muss Museum Marta verlassen

Ungewöhnlich offen wurden die Differenzen zwischen dem Direktor des Museum Marta in Herford und der Stadt schon in deren Pressemitteilung beim Namen genannt: Wegen „deutlich unterschiedlicher Vorstellungen zu den finanziellen und programmatischen Perspektiven nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen“ werde der Ende 2021 auslaufende Vertrag mit Roland Nachtigäller nicht verlängert. Eine Ansage, die zahlreiche Museen naturgemäß aufhorchen lässt. Noch ungewöhnlicher hingegen ist der offene Brief, in dem sich die Mitarbeiter des Marta „schockiert zeigen über das Auslaufen des Vertrags“ mit dem 2008 ins Amt gekommenen Nachtigäller.

Mit verständlichem Argwohn registriert wird die Ankündigung des Bürgermeisters Tim Kähler, man wolle „die kulturellen Angebote in Herford neu denken“ und „zukunftssicher machen“. Eine solche Rhetorik legt, gerade in Krisenzeiten, den Eindruck nahe, hier werde der Rotstift an eine gut aufgestellte kulturelle Institution angelegt – und damit ein Beispiel auch für andere Kommunen, nicht nur in der Provinz, gegeben. Auch die Lokalpresse wie die

„Neue Westfälische“ sorgt sich über einen möglichen Richtungsschwenk dort, „wo sich die Gesellschaft selbst reflektiert“. Dabei sprechen sechzigtausend Besucher des Marta 2019 eigentlich für eine erfolgreiche, von der überregionalen Kritik durchaus wahrgenommenen Museumsarbeit. Der Kritikerverband AICA kürte es 2014 zum „Museum des Jahres“. Andererseits sollte es für ein ambitioniertes Museum kein Sakrileg darstellen, sich nach dreizehn Jahren eine neue Führung zu suchen.

Die vom Museumsteam geforderte Transparenz beim Verfahren für die Nachfolge sichert der Bürgermeister gegenüber dieser Zeitung zu: Zeitnah soll eine Auswahljury unter Vorsitz von Markus Hilgert, dem Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder, einberufen werden; Kähler wünscht sich eine „enge Vernetzung vor Ort“ mit den anderen lokalen Einrichtungen wie Theater und Philharmonie – was immer er sich darunter konkret vorstellt. Auch eine stärkere Einbindung von privatwirtschaftlichem Engagement erhofft sich der SPD-Politiker von den Bewerbungen, eine „losgelöste Budgetdiskussion“ werde es mit ihm aber nicht geben. Darin wird man ihn beim Wort nehmen. G.I.